

# Europa wurstelt sich durch



«Die EU lässt sich auch als ein System differenzierter Integration denken.»

**Christian Frommelt,**  
Forschungsbeauftragter  
Politikwissenschaft des  
Liechtenstein-Instituts

Parteien in den meisten EU-Staaten grossen Zulauf haben. Im Umgang mit Populismus von rechts ist die EU bereits geübt. Neu ist aber ein Populismus von links, der die EU als ein kapitalistisches Herrschaftsprojekt verurteilt. Dieser Zangenangriff macht Entscheidungen auf europäischer Ebene nicht gerade leichter. Gemeinsam ist den beiden der Antagonismus von Volk und Eliten. Die Volkssouveränität wird dabei zur Maxime erhoben, was mit Blick auf die EU zwangsläufig in der Forderung nach einer Stärkung der Nationalstaaten mündet.

Der Glaube an eine Stärkung der Demokratie durch die Rückgewinnung nationalstaatlicher Kompetenzen ist aber genauso falsch wie illusorisch. Gerade die EFTA-Staaten sind aufgrund der kontinuierlichen Übernahme von EU-Recht ohne eigentliche Mitbestimmung ein Beispiel für die undemokratische Verbindung nationalstaatlicher Scheinsouveränität mit technokratisch durchgesetzter Befolgung alternativloser EU-Imperative.

Europa ist geprägt von hoher Interdependenz, aufgrund deren die meisten Probleme besser im Verbund als im Alleingang gelöst werden können. Der berechtigte Wunsch nach mehr Demokratie und Souveränität ist deshalb aus dem nationalstaatlichen Kontext herauszulösen und der Diskurs auf EU-Ebene neu zu führen. Die Wissenschaft bietet dabei ein breites Spektrum an Konzepten zur Stärkung transnationaler Demokratie und damit konsequenterweise auch der Demokratie in den EU-Staaten. Diese führen im Übrigen nicht zwangsläufig zu einem europäischen Bundesstaat. Vielmehr lässt sich die EU auch als ein System differenzierter Integration denken, in dem die einzelnen Mitgliedstaaten je nach Politikfeld unterschiedlich stark integriert sind. Dieses System ist eigentlich längst konstruktive Realität, hat sich aber leider noch nicht zu einem Narrativ europäischer Integration entwickelt. Dabei würde sich der Blick auf die EU-interne Flexibilität durchaus lohnen, um in die zunehmend nationalistisch geprägte öffentliche Debatte über die EU mehr Sachlichkeit zu bringen.

**D**ie am 13. Juli präsentierte Einigung zwischen Griechenland und den Eurostaaten markiert den vorläufigen Höhepunkt des griechischen Schuldendramas. Nüchtern betrachtet, ist diese Einigung nicht mehr als ein Formelkompromiss, der sich vor allem durch die Dramaturgie seiner Entstehung legitimiert, und mit dem niemand besonders glücklich sein kann. Trotzdem ist die jüngste Einigung ein wichtiger Schritt, verschafft sie doch den involvierten Parteien einen Moment der Ruhe und erlaubt Europa, sich wieder um andere Probleme zu kümmern.

Die Fehler Griechenlands der letzten Jahrzehnte sind hinlänglich bekannt. Sie haben – beschleunigt durch die Weltwirtschaftskrise und den ihr zugrunde liegenden Kollaps der Finanzmärkte – entscheidend zu dessen Überschuldung beigetragen. Dies erklärt aber nicht, warum das wirtschaftlich wenig bedeutende Griechenland die internationale Politik seit Jahren in Atem hält. Die Hauptursache hierfür liegt in den Fehlern der europäischen Politik. Zu-

allererst stellt sich die Frage, wieso Griechenland überhaupt in die Währungsunion aufgenommen wurde. Diese Entscheidung ist stets im Kontext der griechischen Zustimmung zu verschiedenen Grossprojekten, insbesondere der EU-Osterweiterung, zu betrachten. Dabei handelt es sich um ein klassisches Verhandlungsdilemma, wonach Entscheidungen in der EU oft nur durch das Schnüren von Verhandlungspaketen oder das Gewähren von Ausgleichszahlungen zustande kommen.

## Konstruktion fehlerhaft

Das griechische Schuldendrama hat aber auch gezeigt, dass die Konstruktion der Währungsunion fehlerhaft ist, da ihre Mitgliedstaaten soziokulturell und wirtschaftlich äusserst heterogen sind, die Währungsunion selbst aber keine politische Union bildet. Auch hierbei handelt es sich um ein typisches Merkmal von EU-Verhandlungen: Eine Einigung auf eine unvollständige Lösung wird in Erwartung weiterer Integrationschritte in Kauf genommen.

Angesichts dieser offensichtlichen Mängel europäischer Politik überrascht es nicht, dass euroskeptische